

Einwohnerfragestunde Gemeinderat, 06.02.2023

Gemäß der Satzung über die Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in den Ortsräten und im Gemeinderat der Gemeinde Heusweiler findet vor Eintritt in die Tagesordnung eine Einwohnerfragestunde statt, in der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Gelegenheit gegeben wird, Fragen an die Verwaltung und die Ratsmitglieder zu richten. Im Anschluss daran findet die Sitzung statt.

Zum Thema „Hallenbelegung durch Flüchtlinge“

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und erläutert kurz das Prozedere zur Einwohnerfragestunde.

Herr Romano Menozzi spricht die Hallenbelegung in Eiweiler an und fragt, wie es dann mit dem Spielbetrieb der Vereine weitergehen solle. Außerdem würde die Halle für die Durchführung von Veranstaltungen benötigt. Er hätte diesbezüglich gerne den Stand der Dinge erfragt.

Der Vorsitzende sei froh, dass so viele Einwohner zur Sitzung gekommen seien. Er habe sich diesbezüglich bewusst beim Neujahrsempfang in Eiweiler geäußert, da er es als fatal empfunden hätte, wenn es zur Hallenbelegung komme und er sich im Vorfeld nicht dazu geäußert hätte. Dies sei nicht sein Stil.

Er habe auch mitgeteilt, dass möglicherweise eine Alternative bestehe, welche eine Hallenbelegung verhindern könnte. Mittlerweile sei klar, dass diese Alternative bestehe und vorerst von einer Hallenbelegung abgesehen werden könne. Seit etwa einem halben Jahr, befasse man sich mit der Situation, dass für die Menschen, die der Gemeinde zugewiesen kein Wohnraum gefunden werde. Vor allem nicht in der Geschwindigkeit, in der die Menschen zugewiesen werden. Auf diese Notlage weisen alle in der Politik mit Ihren Kontakten auf allen Ebenen sehr deutlich hin. Auf dem Weg hierher habe er gehört, dass die Bundesinnenministerin eine Krisensitzung mit entsprechenden Vertretern einberufe, in der die Thematik Flüchtlingsnotlage und Lage der Kommunen aufgrund von fehlendem Wohnraum diskutiert werden soll. Politisch sei der Druck sehr groß, rette die Kommunen aber nicht. Man rede hier über 3-3,5 % der Bevölkerung. Er habe in der Verwaltung 6-8 Vollzeitkräfte damit beschäftigt, diese Situation zu meistern und erläutere kurz den Arbeitsumfang. Die Verwaltung des benötigten Wohnraumes bleibe für die nächsten Jahre bestehen. Die Menschen benötigen Betreuung, Sprachkurse und eine Integration, was in Heusweiler seit 2015 immer noch einigermaßen gut gelinge, aufgrund der großen Unterstützung seitens der Bevölkerung. Hierfür wolle er sich herzlich bedanken. Vor einem halben Jahr habe man erkannt, dass man in die Lage kommen werde, keinen Wohnraum mehr zur Verfügung zu haben. Es würden jedoch weiterhin Menschen kommen, so dass man vor einer schwierigen Situation stehe. Zum Glück habe man Unterkünfte im größeren Stil anmieten können, die jedoch zeitlich befristet seien. Dies habe über den Sommer und den Herbst ein wenig Luft verschafft. Jedoch habe sich die Situation seit Dezember wieder verschärft. Die Stadt Püttlingen habe mittlerweile bereits zwei Hallen belegt. Dies wolle man in Heusweiler so lange wie möglich vermeiden. Da eine Hallenbelegung nicht von heute auf morgen umgesetzt werden könne, habe man sich überlegt, in welchen Hallen dies machbar sei, um entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Sollte es dann irgendwann zu einer Belegung kommen, seien die unteren Bereiche der Halle in Eiweiler nicht betroffen. Es sollte für die Menschen, die untergebracht werden, erträglich sein, als auch für diejenigen, die im nahen Umfeld wohnen und leben. Insofern seien die Reaktionen verständlich. Man sei mit allen

Kräften bemüht eine Hallenbelegung zu vermeiden. Man habe derzeit eine monatliche Unterbringungsquote von durchschnittlich 20 Leuten. In dieser Geschwindigkeit würde dies bedeuten, wenn man eine Halle hätte, egal wo sich diese befinde, rette sie die Kommune über einen Zeitraum von ca. vier Wochen. Dann stehe man erneut vor demselben Problem. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in 2016 sei er darauf angesprochen worden, ob Heusweiler keine Flüchtlinge hätte. Zu der Zeit waren es ca. 300 Personen gewesen, was aufgrund der dezentralen Unterbringung nicht wahrgenommen wurde. Man rede derzeit von ca. 700 Personen, wobei ca. 350 in den Jahren 2015-2021 gekommen seien. Die anderen 350 Personen sind innerhalb des letzten Jahres gekommen. Man hoffe, dass die verantwortlichen Personen die Probleme auf den einzelnen Ebenen nicht nur sehen, sondern auch handeln werden. Er könne nicht sagen, wie lange eine Hallenbelegung vermieden werden könne.

Herr Werner Linsler aus Eiweiler spricht die Kriterienauswahl an, die dazu geführt habe, dass die Halle in Eiweiler auf der Prioritätenliste stehe. Er hätte gerne gewusst, wie groß die max. Belegung der Halle sei. Des Weiteren hätte er gerne die konkrete Anzahl der Flüchtlinge im Bietschieder Schloss gewusst und ob die Unterbringung befristet sei.

Der Vorsitzende teilt zum zweiten Teil mit, dass dies befristet sei, man jedoch eine Alternative gefunden habe. In der Halle in Eiweiler könnten ca. 32 Personen untergebracht werden. Wenn die Zuweisungen in dem Maße weitergehen, werde man letztendlich keine Wahl haben. Man versuche jedoch alles, um eine Hallenbelegung zu verhindern.

Frau Claudia Dill aus Eiweiler habe Verständnis für Unterbringung der Flüchtlinge, jedoch seien die Einschränkungen im Ortsteil zu groß, da alle Aktivitäten in der Halle stattfinden würden, es keine Ausweichmöglichkeit gebe und der renovierte Spielplatz sich vor der Halle befinde.

Der Vorsitzende gibt Frau Dill recht, allerdings hätte man die Einschränkungen überall, da sich das Gemeinschaftsleben immer in den Hallen abspiele. Dies sei auch der Grund, warum sich der Rat und die Verwaltung für die Ertüchtigungen der Hallen eingesetzt hatten. Die Umsetzung einer zentralen Halle wurde seinerzeit aus den zuvor genannten Gründen abgelehnt.

Herr Max Schumann, SPD-Vorsitzender von Eiweiler teilt mit, dass man sich aufgrund der Fragen aus der Bevölkerung genötigt gesehen habe, am letzten Wochenende eine Sondersitzung abzuhalten. Man habe in den letzten Jahren eine Bürgerbefragung für den ganzen Ort durchgeführt, weil man wissen wollte, was die Bürger bewege und wo man mit dem Ort hinwolle. Ein Treffpunkt und die Kommunikation seien das zentrale Thema gewesen. Die Bürger hätten keine Einsicht, was zur Auswahl der Halle in Eiweiler geführt habe. Er gibt zu bedenken, dass es für Eiweiler keine Alternative gebe.

Der Vorsitzende merkt an, dass es in allen Ortsteilen das Gleiche sei. Er bittet darum, hier kein Politikum daraus zu machen. Wenn Herr Schumann politisch aktiv sei, sollte er seine Kontakte zur Landesregierung und den jeweiligen Personen in verantwortlichen Ebenen nutzen und der Gemeinde helfen. Es mache keinen Sinn, dies auf Ortrats- oder Ortsteilsebene politisch zu diskutieren, da man nicht der richtige Ansprechpartner hierfür sei. Zur Argumentation habe er Recht, aber dies sei in jedem Ortsteil gleich. Er werde nicht damit beginnen aufzuwiegen, ob die Halle eines Ortsteiles mehr wert sei, als in einem anderen Ortsteil. Zielführend sei, dass alle politischen Kräfte sich gemeinsam einsetzen.

Herr Schumann spricht die zwei Lagercontainer vor der Großwaldhalle an, ob diese bereits für den Abtransport des Hallenmobiliars gedacht seien.

Der Vorsitzende teilt mit, dass jeder, der ihn gefragt habe, eine ordentliche Antwort erhalten habe. Die Container seien für Mobiliar, welches für die Erstellung einer Notunterkunft benötigt werde. Da eine Beschaffung in der Größenordnung, nicht von heute auf morgen möglich sei, müsste dies zwischengelagert werden, weshalb die Container angeschafft wurden. Für die Lagerung wurde aufgrund der Platzverhältnisse der Parkplatz an der Großwaldhalle ausgewählt. Er merkt erneut an, dass die Halle in Eiweiler derzeit nicht belegt werde und dass das gelagerte Mobiliar im Moment nicht für die Eiweiler Halle angedacht sei. Er regt an, die politischen Kontakte auf Landes- und Bundesebene zu nutzen, da es keine andere Lösung gebe. Er möchte wissen, ob er tatsächlich Flüchtlinge, die vor der Tür stehen, nicht aufnehmen und vor dem Rathaus sitzenlassen solle.

Frau Myriel Tomaschko aus Eiweiler hält dies für eine Möglichkeit und bittet um das Wort. Sie bezieht sich auf die Aussage des Vorsitzenden mit den Worten wie: „im Moment“, „eventuell“, „möglicherweise“. Sie hätte gerne konkret gewusst, welche Alternative zurzeit bestehe, so dass die Halle in Eiweiler nicht belegt werde.

Der Vorsitzende wüsste auch gerne konkrete Daten, aber er könne nicht sagen, wie die Zuweisungen aussehen werden. Er habe hierauf keinen Einfluss. Die Alternative werde er nicht nennen, da er in der Öffentlichkeit keine Sachverhalte anspreche, über die der Rat noch nicht informiert sei. Er denke, dass der Rat aller Voraussicht nach die Alternative befürworten werde.

Frau Tomaschko bittet um eine offene und transparente Kommunikation. Die Entscheidung des Rates sollte zur Information der Bevölkerung offiziell bekannt gegeben werden.

Der Vorsitzende sei, was die Ängste der Bevölkerung angehe, bei ihr. Transparenz würde jedoch die Ängste nicht nehmen. In der Sache sei die Kommune jedoch der schlechteste Adressat.

Herr Wachall möchte anmerken, dass er einerseits erfreut sei, dass in der heutigen Sitzung des Gemeinderates so viele Bürgerinnen und Bürger anwesend seien und ihre Anliegen und Ängste persönlich kundtun würden. Die Wiedergabe falscher Sachverhalte bei Facebook etc. würde die Aufklärung erschweren. Hier hätte man sich lieber gleich an die verantwortlichen Personen wenden sollen. Enttäuscht habe ihn die Wortmeldung von Herrn Schumann, da dessen Meinung in einem gemeinsamen Telefonat am vorgestrigen Tag, noch eine ganz andere gewesen sei, als die zuvor geäußerte. Er könne dies nicht beurteilen. Eine andere Sache sei, dass die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger für ihn wichtig sei, um den Verantwortlichen, die über der Kommune stehen, welche die Situation auch aus anderen Bundesländern zu spüren bekommen, zu verdeutlichen. Man konnte hören, dass Mitte Februar ein Gipfel stattfinden solle, bei dem man sich speziell mit dieser Thematik auseinandersetzen werde. Daraus schöpfe er seine Hoffnung, dass man in Eiweiler nicht unbedingt die Großwaldhalle belegen müsse. Er denke, dass sich aufgrund dieser Problematik Leute in der gesamten Republik zusammenschließen und fordern könnten, andere Lösungen zu finden. Der Vorsitzende habe geäußert, dass eine Alternative bestehe, so dass die Großwaldhalle vorerst nicht belegt werden müsse. Wie lange dies anhält könne keiner sagen, es sei denn, dass eine andere Lösung gefunden werde. Man müsse aber auch an Leute denken, die in einer solchen Halle untergebracht würden. Bei 32 Personen auf engem Raum, werde der soziale Frieden zwangsläufig gestört. Daher sei er dem Bürgermeister sehr dankbar, dass dieser eine alternative Lösung anbieten könne.

Frau Katharina Baldauf, Mutter und Turnlehrerin vom Turnverein Eiweiler für Mutter/Kind und Kleinkind fragt, wenn die Hallenbelegung komme, wo die Veranstaltungen wie Weihnachtsmarkt, St. Martinsumzug, Second-Hand-Börse etc. stattfinden können. Auch die

Kinder hätten nach der Pandemie Sorgen, wo beispielweise Veranstaltungen wie Kindermaskenball durchgeführt werden können.

Der Vorsitzende merkt an, man sei grundsätzlich bemüht für Veranstaltungen, die in den Hallen aus verschiedenen Gründen nicht stattfinden können, Alternativen zu finden. Die Modalitäten müsste der Ortsrat sich im Einzelfall ansehen. Natürlich gebe es auch Veranstaltungen wie die angesprochene Second-Hand-Börse, welche Geld für die Kinder einbringe. Er könne jedoch nicht die Durchführung einer Börse mit der Unterbringung von Menschen auf der Flucht aufwiegen. Was das Vereinsleben und die Durchführung von Festen angehe, sei mit Sicherheit eine andere Situation. Nach drei Jahren Corona-Pandemie müsse darauf geachtet werden, die Gemeinschaft zu fördern. Daher sei man bemüht, Lösungen zu finden. Er könne nicht sagen, welche Veranstaltungen möglich seien, da dies nicht nur in seiner Verantwortung, sondern auch in der Verantwortung der politischen Vertreter vor Ort liege. Es könne derzeit keine Lösung für alle Dinge aufgezeigt werden, zumal man die Halle derzeit nicht benötige. Hinsichtlich der Transparenz wolle er festhalten, da seine Glaubwürdigkeit in Frage gestellt werde, dass er beim Neujahrsempfang nichts hätte sagen müssen. Aber er sei so nicht erzogen worden. Er habe es ansprechen wollen, um offen über die Geschehnisse zu informieren.

Herr Zimmer, Ortsvorsteher von Wahlschied, merkt an, dass er im Jahr 2015 als die ersten Flüchtlinge in Heusweiler angekommen seien, diese in Wahlschied aufgenommen wurden, mit der Konsequenz, dass er vier Vereinen Räumlichkeiten wegnehmen musste. Man habe dies aufgrund der Notwendigkeit gemacht und versucht Ersatzlösungen zu finden. Er richte die Bitte an die anwesenden Bürgerinnen und Bürger auf alle einzuwirken, die über freien Wohnraum verfügen, so dass eine Anmietung durch die Gemeinde stattfinden könne. Durch die Akquirierung von Wohnraum könne vielleicht auf Dauer die Belegung von Hallen vermieden werden. Wenn eine Hallenbelegung nicht vermeidbar sei, werde man die Aktivitäten des betroffenen Ortsteils in anderen Ortsteilen unterstützen.

Herr Hendrik Wachall aus Eiweiler, möchte nochmals auf die Flüchtlingskonferenz von Frau Faeser zurückkommen. Als er dies gehört habe, sei er sehr erfreut gewesen, denn für ihn habe es sich angehört, als ob eine bundesweite Lösung angestrebt werde. Warum werde hier so negativ angesetzt und gibt es hierzu intern Informationen. Durch das Eingreifen des Bundes könnten die Kommunen entlastet werden.

Der Vorsitzende merkt an, die kommunalen Ebenen würden bereits seit sieben Jahren die Situation schildern und diese werde auch gehört, jedoch sei nicht viel passiert. Es bedürfe umgehender Lösungen. Die Hoffnung auf Hilfe sei groß, aber die Erfahrung der letzten Jahre sei eine andere. Er hoffe auf Lösungsmöglichkeiten.

Herr Hendrik Wachall möchte noch die Äußerung aus dem Publikum aufgreifen, wonach die hilfsbedürftigen Leute einfach wieder nach Hause geschickt werden sollten und stellt fest, dass dies keine Alternative sei.

Herr Daniel Kunen, aus Eiweiler denkt, man sei sich einig, dass die Geflüchteten nicht auf der Straße stehen gelassen werden können. Bei einer Unterbringung von durchschnittlich 20 Personen pro Monat unter Berücksichtigung der Alternative, hätte er gerne gewusst, wann man sich hinsichtlich der Hallenbelegung in Eiweiler wieder treffen werde. Des Weiteren hätte er gerne gewusst, welche Angebote es speziell für Heusweiler allgemein gebe, um die Menschen zu integrieren.

Der Vorsitzende möchte zur ersten Frage festhalten, dass er sich nur wiederholen könne, da er dies nicht zu beantworten vermag. Er könne nicht in die Zukunft sehen. Er teilt mit, dass von den untergebrachten Personen auch einige weiterziehen würden, so dass es hierbei eine Bewegung gebe. Die Hallenbelegung sei nur als Übergangslösung gedacht, bis geeigneter Wohnraum zur Verfügung stehe. Bezüglich der Integration sei man dankbar für die Hilfen aus der Bevölkerung. Man versuche in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt/Job-Center Qualifikationen zu erfragen und Leute in Arbeit zu bringen. Der Integrationshelfer sei top und gemeinsam mit seiner Familie in diesem Bereich tätig. Zwei Personen mit entsprechenden Sprachkenntnissen konnten als Hausmeister eingesetzt werden. Hinzukomme, dass viele Vereine Menschen aufgenommen hätten.

Herr Martin Alt merkt an, dass für 20 Personen ein ganzer Ortsteil lahmgelegt werde. Hier müsse es eine andere Lösung geben, vielleicht auch in Form von Containern, zumal dies nur als Übergangslösung angedacht werde.

Der Vorsitzende möchte es vorsichtig formulieren, dass er persönlich glaube, dass man Menschenrechte nicht an der Anzahl der Personen festmachen könne. Wie mehrfach erwähnt versuche man andere Lösungen zu finden. Container würden nur dann eine Lösung darstellen, wenn man überhaupt Container erhalte.

Die Wortmeldung von Herrn Kaninke wird vom Vorsitzenden unterbrochen mit dem Hinweis, dass derartige politische Statements nicht in der Einwohnerfragestunde erfolgen sollten.

Zum Thema „Spielplatz-Angebot innerhalb der Gemeinde“

Herr Tafem aus Heusweiler hätte gerne gewusst, was Heusweiler als familienfreundliche Kommune für Kinder im Angebot habe, auch was Spielplätze betreffe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man sich die Auflistung auf der Internetseite nochmals ansehen und gegebenenfalls überarbeiten werde. Man habe beispielsweise sehr schöne Spielplätze in Eiweiler, Niedersalbach und Obersalbach. Des Weiteren verweist er auf den Naturpark Kallenborn. Bei Fragen könne man sich auch gerne an die Verwaltung, hier das Bürgerbüro, wenden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde um 19:47 Uhr.